

Zeitschrift: The Swiss observer : the journal of the Federation of Swiss Societies in the UK
Herausgeber: Federation of Swiss Societies in the United Kingdom
Band: - (1925)
Heft: 184

Artikel: Volksentscheide im vergangen Jahr
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-686097>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Geneva, along the shore of Lake Léman, a distance of exactly 60 kilometres. A railway, of course, connects these two towns, and an express train takes one hour, while in summer there are frequent lake steamers. Motoring, however, has become so general, and the number of accidents, fatal and non-fatal, has become so great, that the public demands not only facilities for motor-car driving, but also protection for life and limb. The police speed-limit regulations are so strict on Swiss territory that foreign motorists threaten to boycott the country. This, of course, would be harmful to the tourist industry, and, as the majority of moneyed people nowadays are motorists, the hotel-keepers, garage-owners and others are alarmed at the diversion of motor-car traffic from Switzerland. The Council of the Canton of Vaud, which has just discussed the project to construct special motor-car roads, estimated that the cost of such a road between Lausanne and Geneva would be about 25,000,000 gold francs. In England, it was stated at the Council, the cost of constructing such roads was 450,000 francs per kilometre, while in Italy the motor track between Milan and Varèse, which was constructed under particularly favourable conditions, cost over 220,000 gold francs per kilometre.

Naturally, the State Railways, which are already working at a loss, as well as the Lake Léman Steamship Company, do not look with favour upon the proposed construction of motor-car roads. The number of first-class passengers on the Swiss railways has greatly diminished, for they used chiefly to be made up of British and American tourists, who are just the people who now travel constantly by motor-car. It is not an uncommon thing for an American party of six, upon arrival in some French or Italian port, to purchase a car with which they do the Continent of Europe, and at the end of their tour they simply sell the car. These motor-tourist parties declare that they find it cheaper and pleasanter to travel about on roads by motor-car than in trains. They avoid the expense of transport from railway stations to hotels and *vice versa*, and are not obliged to consult the time-table every time they want to move from one place to another. As the Swiss railways depend a good deal upon passenger traffic, and particularly upon tourists, this increased motor-touring has a disastrous effect upon their budget. On the other hand, the public declare that they must march with the times, and if motor-car roads are to be constructed, now is the time to begin, as it would give work to the unemployed. Switzerland is not exempt from the burden of paying doles to unemployed, and road building would create work.

Meanwhile, according to the *Daily Sketch* (29th Dec.):—

The Swiss Army is to be equipped with machine guns weighing only 18 lbs.

So that, in case the *haute finance* and Vested Interests have it their own way again, Switzerland will be able to give a good account of its defence forces.

Volkentscheide im vergangenen Jahr.

Wie draussen in der Welt im Jahr 1924 immer noch die bestimmte Richtung fehlte, in der der Staatsbürger unbeeinträchtigt weiterschritt, und wie im Gegenteil Sieg und Niederlage im selben Lande und im gleichen Jahre bald bei der einen, bald bei der anderen Partei lag, so ist es im Kleinen auch bei uns in der Schweiz gegangen. Man braucht nur an die einzige eidgenössische Abstimmung des Jahres 1924, diejenige über die Verlängerung der Arbeitszeit in Fabrikbetrieben, zu denken, so weiss man, wie die Signatur auch in unserem Lande hiess: nämlich Festhalten am Bisherigen, Misstrauen gegen kühne Neuerungen, und Neigung zur Sparsamkeit.

Die Behörden, denen diese Stimmung im allgemeinen nicht unbekannt war, haben denn das Volk auch in den Kantonen nicht allzofort zur Urne gerufen und es mit gewagten Plänen verschönt. Nur über 50 Vorlagen hatte der Souverän in den verschiedenen Kantonen neben den Wahlen seine Entscheidung zu fällen, von denen in den Landsgemeindemonaten April und Mai allein über 8 und 20, zusammen also über 28, abgestimmt wurde. Sonst brachte nur der eidgenössische Abstimmungsmonat, der Februar, sechs, und der August fünf Entscheidungen, während die andern Monate mit ganz kleinen Ziffern aufrücken. Ebenso hatten nur ganz wenige Kantone, darunter einige Landsgemeinde-Kantone, und der mit obligatorischem Referendum gesegnete Kanton Baselland ein halbes Dutzend Entscheidungen zu treffen, während alle übrigen 21 Kantone und Halbkantone nur bis zu dreimal zur Abstimmung aufgerufen wurden. Bewegteres Wahlleben zeigten daneben in Kanton und Gemeinden nur Schaffhausen und St. Gallen, während in Schwyz und Genf (Regierungsratwahlen, in Schwyz auch Kantonsratswahlen) die Sache an einem Tage erledigt war.

Ein kurzer Gang durch die Kantone bestätigt den Mangel an kühnem Schwung und das Vorherrschen des konservativen Prinzips im eben ver-

flossenen Jahr, sodass meist nur unbestrittene Neuerungen durchzudringen vermochten, wenn es sich nicht gerade ums . . . Sparen handelte. So war Zürich mit bisherigen Regelungen zufrieden und lehnte neue Einschränkungen einer Auto-Initiative, wie die Abschaffung der Vivisektion, ab; etwas Neues, Grosses leistete der Kanton Zürich aber nicht. Bern stimmte neben einer Sparsamnahme, der Vereinfachung der Bezirksverwaltung, wenigstens zur Schaffung einer Kreditkasse zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu. Hoffen wir, dass dazu der kommende 1. Februar zur Ablehnung der vom Grossen Rat leider gutgeheissenen, die Städte benachteiligenden Schweizerbürgerinitiative führt, durch die die bernische Bauern- und Bürgerpartei ihre wankende Macht nochmals zu halten versucht. Nur negativ hat sich Luzern betätigt, indem es zwei formalpolitische Initiativen unzufriedener Fortschrittsleute verwarf; möge das neue Jahr die durch die Tagung von Sursee verheissungsvoll eingeleitete, dringend nötige Wiedervereinigung aller fortschrittlichen Kräfte des immer noch konservativen Kantons bringen! Von den Urkantonen scheint nur erwähnenswert, dass Uri wie Schwyz sich zu einer Besteuerung der Vergnügungen entschlossen, während das stark unzufriedene Volk von Obwalden seinen Kantonsrat von 70 auf 30 Köpfe reduzierte; aber auch diese 30 Mann scheinen zu genügen, da der genannte Rat während des letzten halben Jahres nur ein einziges Mal hat tagen müssen!

Interessantere Einzelheiten bietet die Ostschweiz, ganz abgesehen von den Wahlen, die, wie schon gesagt, speziell die Kantone Schaffhausen und St. Gallen stark bewegt und doch nur zu unbedeutenden Verschiebungen geführt haben. Ein konservativer Zug ist aber auch bei den Abstimmungen in der Ostschweiz unverkennbar: so hat Schaffhausen die Neueinführung des Grossratsprozesses abgelehnt, dafür die Einteilung der Grossratswahlkreise nach Bauernvorschlag auf Grundlage der Zahl der Schweizerbürger beschlossen, wozu die Wahl eines dritten Bauernvertreters in den fünfköpfigen Regierungsrat vollständig passt. In gleich konservativer Gesinnung haben Glarus und Thurgau den Proporz beibehalten. Gebilligt wurde ein Finanzreferendum in St. Gallen aus Sparsamkeitsgründen, wie Thurgau und Appenzell A.-Rh. einem Hundsteuergesetz ihre Zustimmung wohl nur darum gaben, weil eben die Mehrzahl der Stimmberechtigten doch nicht zu den Hundebesitzern gehören. Die Zulassung des Autos bei der Trunser Feier in Graubünden darf leider auch nicht als prinzipielle Entscheidung gewertet werden: wie die Bündner vom Auto denken, wird erst die Abstimmung am kommenden 18. Januar zeigen.

Von der auffallend stillen West- und Südschweiz interessiert eigentlich nur die vom Waadtländer Volk gebilligte kleine Reduktion des Grossen Rates. Von den Kantonen um Basel endlich hat Aargau geschwiegen, Solothurn einer Erweiterung des Kantonsospitals zugestimmt, während endlich Baselland ein Armenfürsorgengesetz verwarf, einer Schüler-Unfall- und Haftpflichtversicherung und einem Schulabkommen mit Basel, wie einem Versorgungs- und Irenfürsorgengesetz zustimmte; sensationell wirkte die Zustimmung des Baselder Volkes zur Initiative für Freigabe der ärztlichen Praxis, kurz nachdem die Glarner die Wiederzulassung von Kurpfuschern mit erdrückendem Mehr an ihrer Landsgemeinde abgelehnt hatten.

(National-Zeitung.)

EIDGENÖSSISCHE GLOSSEN.

Vermehrte Schutzaufsicht.

Zu den erfreulichen Erscheinungen des Jahresendes gehörte die wachsende Einsicht, dass auf dem Gebiete der Schutzaufsicht und der Entlassenfürsorge mehr getan werden müsse. Die Kantone Schwyz und Aargau haben die Gründung von entsprechenden Vereinigungen in die Hand genommen, und die aargauische Regierung kündigt überdies staatliche Massnahmen an. So kommen wir Schritt für Schritt zur wohlthätigen Einsicht, dass die Verhinderung des Verbrechen wichtiger ist, als der Neubau von Zuchthäusern, und dass Barmherzigkeit und Liebe höher einzuschätzen sind, als Gerechtigkeit, die der Verbrecher erst dann findet, wenn ihm nicht mehr zu helfen ist und seinem Opfer noch weniger. Jene Teilnahme, die wir dem schenken, der auf dem Wege zum Verbrechen ist, bewahrt uns vor der Teilnahme, die wir sonst dem schenken müssen, der unter dem ausgeführten Verbrechen leidet. Jeder wird leicht ausrechnen können — da man uns doch Rechenfertigkeit nachrühmt — welche Art von Teilnahme nützlicher und vaterländischer ist.

Die gefährliche Schule.

Zu den erfreulichen Erscheinungen der letzten Zeit gehört zweitens die bald ziemlich allgemein verbreitete Meinung, dass unsere Ueberschätzung der sogenannten Bildung und unsere Verachtung des Handwerklischen einen Schweizerzustand schaffe, der nicht ganz vorteilhaft sei. Die Erscheinungen waren zwar schon vor fünfzehn Jahren deutlich zu sehen, aber sie sind natürlich seither noch deutlicher geworden, sodass nachgerade niemand mehr daran vorbeigehen darf, wenn er sich über unsere Zukunft irgendwelche Gedanken macht. Ein Land, wo nur noch der Kopf gilt und die Hand ver-

kümmert, muss nicht erstaunt sein, wenn es sein eigenes Wesen nur noch mit Mühe behaupten kann. Die Besserung ist nicht leicht.

Die Hauptschuld liegt in unserer Schule. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass ein Kind, das acht Jahre lang, leicht auch mehr, dazu erzogen worden ist, bloss zu lernen, zu wissen, und nichts können (schaffend zu können), bloss zu schreiben und zu rechnen und auswendig zu lernen, und wieder zu schreiben und zu rechnen, die Meinung gewinnen muss, dass es nichts Wichtigeres und Höheres auf der Welt gebe, als eben dieses Schreiben und Rechnen und Auswendiglernen. Der Handfertigkeitsunterricht, der aus einer ganz richtigen und erleuchteten Ueberlegung heraus eingeführt worden ist, vermag nicht jenes Gleichgewicht zu schaffen, das die allseitige Ausbildung des Kindes schaffen könnte. Solange wir unsere Schulpflicht so streng und anspruchsvoll durchführen, dürfen wir nicht hoffen, dass diese Kinder, die jahrelang nichts vom Handwerk gesehen, plötzlich, wenn sie eine gewisse Freiheit der Wahl haben, sich für ein Handwerk begeistern. Es gehört zu den Lächerlichkeiten unserer Zeit, dass wir die Verstandesbildung (die in jedem Konversationslexikon besser und vielseitiger enthalten ist) überschätzen und keinen Sinn dafür haben, dass mit diesem (überraschend schnell wieder vergessenen) Wissen dem Menschen noch recht wenig mitgegeben ist.

Je stolzer wir sind auf unsere einseitige Schulbildung, je leichter wir den Zutritt in die Lehranstalten gestalten, desto weniger müssen wir erstaunt sein, wenn die Schweizer auf einmal nur noch den sogenannten „höheren“ Berufen zuwandern. Erst wenn schon das Kind lernt und den Beweis erhält, dass jede gute Leistung auf jedem Gebiete einen Mann (eine Frau) schafft, der (die) sich zeigen darf, erst wenn man bei den Kindern schon nicht nur den Fleissigen, den Rechner und den Schönschreiber belohnt und mit guten Zeugnissen auszeichnet, sondern auch den, der schreien, gärtnern kann, wird man ein Gleichgewicht erreichen, aus dem die wahrhaft geistig Begabten den intellektuellen Berufen zustreben werden (mit Recht), die andern aber mit Freuden das werden, wozu ihnen die Natur die Voraussetzung schon in die Wiege gelegt hat. Wir stehen immer noch unter der Meinungsfuchtel, dass wir *alles* wissen müssten, während es sich doch im Leben darum handelt, zu wissen, was unser eigenes Wesen werden will. Wenn wir eine Aenderung erstreben wollen, bedeutet dies nicht mehr und nicht weniger, als dass unsere Schule anders aufgebaut werden müsste: gegründet auf Kopf und Hand, wobei natürlich nicht gemeint ist, als ob die Handarbeit keinen Kopf brauchte. In der Schule muss von Anfang an das Handwerkliche und das Bäurische gleichberechtigt neben dem hergehen, was zum Gebildeten im üblichen Sinne macht. Man braucht keine Angst zu haben für jene, die wirklich wissenschaftlich begabt sind, die finden auch in einer solchen Schule ihren Weg, weil sie es eben schon in sich haben. Je mehr wir den falschen Stolz auf unsere Bildung ablegen, desto eher können wir wieder ein Volk werden, wo die schweizerische Nationalität nachgerade nicht bloss auf die akademischen Berufe beschränkt bleibt. Fahren wir aber im gleichen Sinne weiter, sind wir fort und fort stolz darauf, dass bei uns die Schule (die Bildungsschule) die Hälfte des Steuerertrages verschlingt, dann ist uns nicht zu helfen!

Der Bundesrat als Briefschreiber.

Leistet unsere Schule wirklich, was sie vorgibt zu leisten? Unser Bundesrat ist doch sicherlich lange in die Schule gegangen. Und nun zeigt es sich, dass er trotzdem und dennoch nicht einen einfachen, natürlichen Brief schreiben kann. Denn wer den Brief gelesen hat, den der Bundesrat an Frau Spitteler gerichtet hat, ist sicherlich erstaunt gewesen über die Schwulstigkeit und geschaubte Schreibweise dieser Epistel. Wir wollen gar nicht davon reden, dass auch der gutgläubige Mensch nicht daran glauben kann, dass die sieben Bundesräte alle miteinander gerade mit der Lektüre des „Prometheus“ beschäftigt gewesen seien (dass also ein nicht gerade angenehmer Eindruck von schönrednerischer Heuchelei entsteht), aber ist es nicht lächerlich, wenn bei einer solchen Gelegenheit, wo man ein gutes, einfaches, herzliches Wort erwartet, nichts anderes zum Vorschein kommt, als eine literarische Betrachtung, die jeden Literaturkritiker von Beruf mit Entsetzen erfüllt? Man kann mir entgegen, dass der Bundesrat dieses Schreiben natürlich nicht selber abgefasst habe, aber ist es nicht noch komischer, dass trotz unserer gepriesenen Schulbildung keiner unserer Bundesräte in stande gewesen sein soll, mit ein paar Worten das zu sagen, was beim Tode eines Mannes und Dichters wie Spitteler auch Männern in geringerer Stellung keine Mühe gemacht hätte? So müssen wir diesen Brief, der auch ins Landesmuseum gehört, zu den unbegreiflichen Schweizerdingen legen, so gut wie die Tatsache, dass man es in Bern nicht für nötig erachtet hat (man fühlte sich nicht ganz einfach *innerlich genötigt*), an der Totenfeier in Luzern teilzunehmen. Verständlicher immerhin als der Brief, denn es hat sich ja nicht um Militärisches und Wirtschaft gehandelt, sondern um Kultur. Bloss um Kultur!

(Felix Moeschlin in der „Nat.-Ztg.“)